

und -lust schweigen und anfangen, Ordnung im eigenen Haus zu schaffen, bevor wir unseren Mitmenschen unser „Christ-Sein“ verbal zumuten. Untätig müssen wir deshalb keineswegs sein; aus den obigen (und vielen anderen diesbezüglichen) Büchern *schreit* es Seite für Seite nach der glaubwürdigen und darum liebens- und nachahmenswerten *Orthopraxie* dieser Christenheit...

Köln

Paul Gerhard Aring

Denis Maugenest – Werner Merle (Hrg.): France-Allemagne. Eglises et Société du Concile Vatican II à nos jours. Actes du Colloque Franco-Allemand (= Bibliothèque Beauchesne. Religions – Société – Politique 13), Paris (Beauchesne) 1988, 14, 220 S., ISBN 2-7010-1164-7.

Dieser Band, der erst spät in die Hände des Rezensenten gelangte, vereint die 1986 auf einem Kongreß in Paris zum Thema gehaltenen Vorträge. Das Buch ist seitdem keineswegs überholt, weder in den hier vorgetragenen Standpunkten, auch nicht im gemeinsamen Anliegen und ebensowenig hinsichtlich des vorgelegten Materials. Es geht um die Schaffung der religiösen Einheit Europas im römisch-katholischen Sinn, um eine entsprechende Evangelisierung des Kontinents sowie den geistig-geistlichen Beitrag der Universitäten für dieses große Ziel, hier nun in der Konzentration auf Frankreich und Deutschland. Den Ausgangspunkt der verschiedenen Analysen bilden die sechziger Jahre. Denn insbesondere die durch die Studenten ausgelösten kulturellen Revolutionen sowie das II. Vatikanische Konzil veränderten die Situation in beiden Ländern tiefgreifend.

Nach einem allgemeinen Überblick über die Gesamtlage in Frankreich (von Gérard Debois, 3–16) und Deutschland (von Heinz Hürten, 17–24) folgenden zehn Beiträge zu fünf Themenkreisen, so daß prinzipiell jeder Bereich von einem französischen und einem deutschen Gelehrten behandelt wird. Eine Ausnahme bildet jedoch – bezeichnender Weise – bereits der erste Themenkreis. Denn während René Rémond die umfassenden politischen, sozialen und mentalen Veränderungen skizziert, die in Frankreich im Gefolge der Mairevolution 1968 auftraten (27–36), stellt Manfred Spieker, überaus polemisch, die Friedensbewegung und die Zustimmung zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland in den achtziger Jahren einander gegenüber (37–59). Spieker kümmert wenig, daß die Bischöfe in Frankreich sich faktisch mit der staatlichen Regelung des Schwangerschaftsabbruchs abgefunden haben. Er sieht vielmehr im Kampf dagegen *die* Aufgabe *der* katholischen Kirche (45). Und er zögert nicht, den Anhängern der Friedensbewegung (bei der er auch beachtliche Teile des Protestantismus sieht), zu unterstellen, sie unterminierten die Grundlagen der demokratischen Gesellschaft und führten folgerichtig in die Anarchie; wohingegen es sich bei den kompromißlosen Gegnern einer Reform des Paragraphen 218 um die wahren Verteidiger der Menschenrechte und des Bonner Grundgesetzes handele!

Gehaltvoller sind die Darlegungen von Louis de Vaucelles (63–76) und Alexander Schwan (77–92) über die Stellung der Bischöfe zum faktischen politischen Pluralismus der katholischen Gläubigen in beiden Ländern. Hier wie da stehen sie mehrheitlich rechts – gleichzeitig existiert jedoch ein qualifizierter Linkskatholizismus. Aber während sich die französischen Katholiken bis hinauf zu den Bischöfen heute im wesentlichen mit dem laizistischen Staat abgefunden haben, tendiert der deutsche Episkopat nach wie vor dazu, die voranschreitende Säkularisierung und Pluralisierung von christlich-katholischen Wertvorstellungen durch die Zusammenarbeit mit der CDU/CSU (oder zumindest von Gruppen in diesen Parteien) zu blockieren. Ob solche Bemühungen Erfolg haben werden, steht dahin. Die Untersuchungen von Hugues Portelli (95–115) und Karl Schmitt (117–143) über das Wahlverhalten von Katholiken lassen jedenfalls erstaunliche Parallelen in beiden Ländern erkennen: Es gibt diesseits und jenseits des Rheins keine spezifisch katholische Partei; mehr noch: die religiöse Überzeugung ist weithin zu einer Privatangelegenheit geworden, aus der faktisch keine politischen Konsequenzen resultieren. Die nach wie vor unübersehbare Zuordnung von bestimmten Konfessionen und politischen Parteien in Deutschland steht dieser Aussage nur scheinbar entgegen. Zwar dominieren überzeugte Katholiken in der CDU/CSU und engagierte Protestanten in der SPD – aber weder hier noch da sind sie in der Lage, politisch prägend zu wirken. Wie weit die Individualisierung und im Zusammenhang da-

mit die Marginalisierung von christlich-kirchlichen Einwirkungen auf die Politik inzwischen gediehen ist, belegt sodann das Faktum, daß die Anhänger der FDP sich heute mehrheitlich nicht mehr aus protestantischen, sondern aus katholischen Kreisen rekrutieren. Daß aber diese Partei in irgend einer Weise kirchlich-katholische Politik machte, wird niemand behaupten wollen.

Über mannigfache kirchliche Stellungnahmen zu unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Fragen in Deutschland und Frankreich informieren sodann Jean-Yves Calvez (147–166) und Anton Rauscher (167–182). Die Tendenzen sind ähnlich – Sorge um den Menschen und die Bewahrung von Humanität im engen und ganz weiten Sinn –, wohingegen die Konkretionen verständlicherweise recht unterschiedlich ausfallen. Von der katholischen Präsenz in den Medien berichten schließlich Jean-Louis Schlegel (185–200) und Otto B. Roegele (201–213). Die Situation ist auch hier diesseits und jenseits des Rheins nahezu deckungsgleich: Es existiert eine ansehnliche kirchliche Presse, deren Erzeugnisse jedoch außerhalb der eigenen Kreise faktisch nicht wahrgenommen werden. In den allgemeinen öffentlichen Medien dagegen kommen Religion und Kirche nur punktuell und am Rande vor, so daß sich Außenstehende von diesen Realitäten kein wirkliches Bild machen können.

Der Ausblick (215–218) unterstreicht noch einmal, was alle Beiträge auf ihre Weise entfalteten: Große Gemeinsamkeiten bestehen im Katholizismus beider Länder im Blick auf die Verluste ebenso wie die Herausforderungen durch Säkularisation, Wertpluralismus, Subjektivismus und Privatisierung. Aber ebenso durchgängig treten die Unterschiede hervor, die sich auf den Nenner bringen lassen: eine juristisch und ökonomisch privilegierte Kirche hier – und eine arme dort, die dementsprechend im wesentlichen nur über begrenzte, pragmatische, jedoch vor allem seelsorgerliche Möglichkeiten verfügt. Damit sind Themen angerissen und Fragen formuliert, die weit über den europäischen Katholizismus hinausweisen. Möchten Sie auch im Protestantismus gehört und vor allem bedacht werden!

*Gießen*

*Martin Greschat*

Michael Ahme: Der Reformversuch der EKD 1970–1976, Stuttgart–Berlin–Köln (Verlag W. Kohlhammer) 1990, 207 S., kt.

Daß die Einführung einer neuen Grundordnung der EKD 1976 an lediglich drei für die geforderte qualifizierte Mehrheit fehlenden Stimmen in der württembergischen Landessynode scheiterte, weil die Zustimmung sämtlicher Gliedkirchen der EKD nötig war, hat damals viele, die an der mühseligen Ausarbeitung und den langwierigen Verhandlungen beteiligt waren, enttäuscht oder auch empört. Daß auf der Coburger EKD-Synode im Juni 1991 relativ unkompliziert die durch die politischen Verhältnisse getrennten und seit 1969 im Bund Evangelischer Kirchen der DDR zusammengeschlossenen Kirchen ihre Mitgliedschaft in der EKD reaktivieren konnten, war eine Folge dieses Scheiterns, die damals niemand absehen konnte oder nur abzusehen wagte. Denn die 1970 eingeleitete EKD-Struktur- und Verfassungsreform, die schon damals unzutreffenderweise abgekürzt als „EKD-Reform“ bezeichnet worden ist, war gerade eine Folge der Trennung gewesen. Der Anspruch, Evangelische Kirche Deutschland zu sein, wurde festgehalten; die „Mitverantwortung für die besondere Gemeinschaft der ganzen evangelischen Christenheit in Deutschland“ wurde in dem Grundordnungsentwurf Art. 3,3 „bejaht“, auch wenn es im Rückblick denkbar gewesen wäre, diese Absichtserklärung theologisch erheblich durch den Hinweis zu verstärken, daß politische Trennungen eine in Schrift und Bekenntnis begründete Kirchengemeinschaft niemals aufheben können.

Die noch von Klaus Scholder angeregte und in Hamburg 1989 zum Abschluß gebrachte Dissertation erscheint als Bestandsaufnahme im Augenblick einer neuen politischen und kirchenpolitischen Zäsur. Daß die jüngste Entwicklung erst bei der Drucklegung absehbar war, macht die Bedeutung dieser Untersuchung aus, die natürlich einen ganz besonderen Reiz für diejenigen hat, die die Verhandlungen um die neue Grundordnung miterlebt haben.

Der Verfasser stand vor der Aufgabe, aus der jahrelangen Arbeit von Kommissionen und Synoden mit einer Vielzahl von Erklärungen und Publikationen ein höchst umfangreiches und widerspenstiges Material auszuwerten. Methodisch hat er dabei das